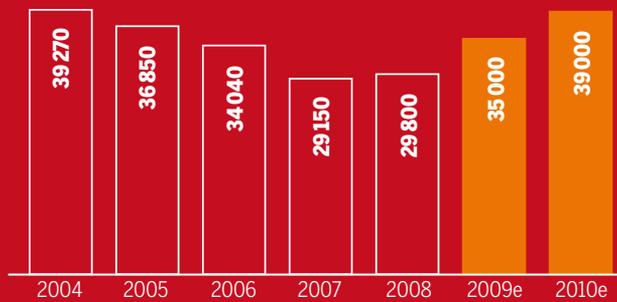


Die Pleitewelle rollt

Die Zahl der Firmeninsolvenzen in Deutschland dürfte 2010 alte Höchststände erreichen. Der Unterschied zu früheren Jahren: Es geraten vermehrt auch größere Unternehmen in Not.

e = erwartet, Quelle: Creditreform, Uni Mannheim (2010e)



Schutzparagraf schützt nicht

Firmenpleiten | Insolvenzverwalter fordern Gesetzesänderungen

Deutsche Insolvenzverwalter wollen Reformen beim Insolvenzrecht, damit die Rettungschancen für existenzbedrohte Firmen steigen. Das ergab eine Befragung von 107 Insolvenzverwaltern durch die Universität Mannheim im Auftrag des Kreditversicherers Euler Hermes. Die Befragten betreuen zurzeit insgesamt 21 000 Firmeninsolvenzen.

Vor allem fordern sie die Aussetzung von Paragraph 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) für mindestens drei Jahre. Dieser Schutzparagraf für Arbeitnehmer besagt, dass Käufer insolventer Firmen auch alle Arbeitsverhältnisse übernehmen müssen. Allerdings würden genau daran viele rettende Übernah-

men scheitern. Auch schlagen die Verwalter vor, dass der Staat das auf drei Monate begrenzte Insolvenzgeld verlängert. Hauptauslöser für Firmenpleiten ist der Mannheimer Studie zufolge neben Finanzierungsproblemen inzwischen der Auftragsmangel durch die Wirtschaftskrise. Am härtesten betroffen ist die Industrie, in der die Zahl der Pleiten um 45 Prozent höher liegt als im Vorjahr.

Der Gesetzgeber sollte zumindest Paragraph 613a vorübergehend aussetzen. Warum sollten Firmenkäufer Mitarbeiter übernehmen, für die sie – womöglich auf Dauer – keine Arbeit haben? Es ist immer noch besser, einen Teil der Arbeitsplätze zu retten als gar keine. mmd



Steinbrücks Binnenweisheit

Kürzlich erreichte mich eine verblüffende Meldung aus der Heimat: Finanzminister Steinbrück sei die deutsche Exportquote „zu hoch“, er wolle mehr auf Binnennachfrage setzen.

Die Kehrtwende wäre schwierig: Man bräuchte einen Exportzentralplaner. Bürokraten müssten „optimale“ Quoten festlegen und nach Sollerfüllung Ausfuhren verhindern. Wären Firmen von Exportsteuern begeistert? Was würde unser Botschafter in Singapur sagen, wenn er statt Handel zu fördern deutsche Exporte verringern müsste? Bittere Folgen: Bei gleichbleibenden Importen fielen die Nettoexporte und somit das Volkseinkommen. Zulieferer gingen pleite, Arbeitsplätze verloren. Die Volatilität der Gesamtnachfrage könnte zunehmen, wenn die Bedeutung einzelner Absatzmärkte stiege. Deutsche Führungskräfte würden sich seltener im Ausland mit den Besten messen und häufiger mit ihren Firmen im Mittelmaß versinken. Und noch mehr Talente verließen das Land.

Deutschland sollte von Singapurs Flucht nach vorne lernen. Statt seine Wirtschaft abzuschotten, optimiert der Stadtstaat die Verwaltung, investiert in Bildung und forscht, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen sowie Kapital und Wissensarbeiter anzuziehen.

Kai-Alexander Schlevogt | Professor an der National University of Singapore (NUS) Business School

Vorsicht macht den Millionär

Reichen-Report | Flucht aus Aktien in Bargeld

Die Zahl der US-Dollar-Millionäre in Deutschland sank 2008 um 2,7 Prozent auf 809 700. Das geht aus dem „World Wealth Report“ der Beratungsgesellschaft Gapgemi und der US-Bank Merrill Lynch hervor. Dass der Rückgang trotz des Aktiencrashes so moderat ausfällt, liegt an der konservativen Geldanlagestrategie vieler vermöglicher Deutscher. Zu den Reichsten gehören bekanntlich die Familie Porsche und BMW-Erbin Susanne Klatten mit geschätzten 22 und elf Milliarden Dollar Vermögen.

Weltweit ging die Zahl der Millionäre um 15 Prozent auf 8,6 Millionen zurück. Ihr Vermögen fiel um rund 20 Prozent auf insgesamt 32,8 Billionen Dollar. „Das Jahr 2008 hat das Vertrau-

en vermöglicher Privatpersonen in die Märkte, Aufsichtsbehörden und ihre Vermögensverwalter erschüttert“, analysiert der Report. Mehr als ein Viertel der Millionäre weltweit hätten Geld bei ihren Verwaltern abgezogen oder gar das Geschäftsverhältnis beendet. Sie verringerten 2008 ihre Aktieninvestitionen auf durchschnittlich 25 (2007: 33) Prozent, erhöhten ihren Bargeldanteil auf 21 (17) Prozent und die festverzinslichen Wertpapiere auf 29 (27) Prozent. Immobilien seien zunehmend gefragt. Man wolle vor allem Werte bewahren statt steigern.

Angesichts der Inflationsrisiken dürfte der Anteil an Bargeld und festverzinslichen Anlagen bald wieder fallen – gut für die Aktienmärkte. mmd

ILLUSTRATION: WEINZIER FÜR EURO